

15. 7.1953

Erklärung des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik über gesamtdeutsche Verhandlungen zur friedlichen Lösung der deutschen Frage:

„Das ganze deutsche Volk erwartet die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland. Deshalb erheben wir erneut unsere Forderung: „Deutsche an einen Tisch!““

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schlägt vor, in kürzester Frist eine gesamtdeutsche Beratung der Vertreter Ost- und Westdeutschlands zur Behandlung der genannten Fragen einzuberufen.“

21.7.1953

Erklärung des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik zur Erklärung des Ministerrats vom 15. Juli über die nationale Notwendigkeit der gesamtdeutschen Verständigung:

„Eine gesamtdeutsche Beratung von Vertretern Ost- und Westdeutschlands hat die praktischen Schritte festzulegen, die notwendig sind, um einheitliche und freie Wahlen in ganz Deutschland durchführen zu können. Sie hat die Frage der Schaffung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung zu erörtern und wirksame Maßnahmen zu treffen, um den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland und den darauffolgenden Abzug der Besatzungstruppen aller Mächte aus Deutschland zu beschleunigen.“

29./30. 7.1953

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik und Aufruf der Volkskammer an das deutsche Volk über gesamtdeutsche Beratungen zur Annäherung beider Teile Deutschlands noch im Monat August:

„Drei Fragen sind es auch, die gegenwärtig eine schnelle und gründliche Verständigung der Deutschen untereinander erfordern:

1. der Handel der Deutschen untereinander,
2. die persönlichen Beziehungen der Deutschen zueinander,
3. die Schaffung eines Wahlgesetzes.

Diese Fragen kann man auch auf der gesamtdeutschen Beratung sofort erfolgreich besprechen und entscheiden.“

26. 8. 1953

Deutschland an der geschichtlichen Wende — aus der Rede des Stellvertreters des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, auf der